

# Volksstimme

Einzelpreis 150 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1793, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3600,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 3450,00 Mark. — Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Spaltenzeile 250,00 Mark, auswärts 310,00 Mark, in Reklameteil 200,00 Mark, auswärts 260,00 Mark. Vereinstatender Seite 225,00 Mark. Anzeigenabgabe gebührenlos, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 90. Magdeburg, Donnerstag den 19. April 1923. 34. Jahrgang.

## Lösung in Sicht?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Der Reichstag setzte am Dienstag die außenpolitische Debatte fort. Ihr Verlauf beruht auf dem Festhalten der Vernunft langsam, aber sicher ihren Weg geht und daß bald die Zeit kommt, in der auch die bürgerlichen Parteien den Weg für den richtigen halten, den die Sozialdemokratie im Interesse der Abwehr heute gehen will.

Das Ereignis des Tages war die Rede Stresemanns. Sie hat nicht die angekündigten Überraschungen, aber auch der Gegner muß anerkennen, daß sie geschickt formuliert, staatsmännisch abgefaßt war. Stresemanns Hinweis, im wesentlichen mit der Erklärung des Außenministers einverstanden zu sein, hinderte ihn nicht daran, einen Gedanken aufzugreifen, den bereits tags zuvor unser Genosse Hermann Müller in die Debatte geworfen hatte. Auch Stresemann besaß den Mut, der Cuno und Rosenberg fehlte, zu erklären, daß eine Verhandlungsmöglichkeit in der Kombination zwischen dem letzten deutschen Vorschlag für Paris und dem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes durchaus besteht. Mit dieser Äußerung offenbarte der Führer der Volkspartei gleichzeitig seine grundsätzliche Übereinstimmung mit der von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie aus Anlaß der veränderten politischen Verhältnisse seit 14 Tagen mit Entschiedenheit geforderten Politik. Der Fraktionsredner der Volkspartei selbst wünschte Aktivität, erklärte, daß der Sinn dieser Aktivität der sein muß, den Weg für internationale Abmachungen frei zu machen, gab seiner Übereinstimmung mit dem von Hermann Müller geäußerten praktischen Beispiel Ausdruck, ohne aber zu fordern, daß die Regierung den vor ihm von der Sozialdemokratie gewiesenen Weg durch einen schriftlich fixierten Vorschlag an die Entente geht. Entgegen den Erklärungen des Zentrumsführers Marx in der Montagitzung verzichtete Stresemann aber auch auf die Feststellung, daß im Augenblick ein Angebot überhaupt nicht möglich sei. Vielleicht umging er die an sich logische Schlussfolgerung und ließ die Möglichkeit, sie zu verwirklichen, offen, um zunächst das Echo seiner als Vertreter einer Regierungspartei gemachten Äußerungen abzuwarten, vor allem aber, um die Regierung, die 24 Stunden vorher erklären ließ, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen im Augenblick kein Angebot machen könne, nicht direkt zu desavouieren, vielmehr auch, um der Regierung die eigentliche Initiative zu überlassen. Daß das letztere bald der Fall sein wird, müssen wir stark bezweifeln. Die Übereinstimmung zwischen dem Führer der Volkspartei und uns, daß Deutschland mit einem Angebot nicht warten kann, bis eine internationale Finanzkommission unsere Leistungsfähigkeit geprüft hat, dürfte sich, nach der Rede des Außenministers zu schließen, vorläufig nicht auf die Regierung ausdehnen.

Die sachlichen Argumente Stresemanns, die den Zweck hatten, die so auseinanderstrebenden Völker der Welt zu nähern, können nicht nur die Sozialdemokratie im allgemeinen unterschreiben. Vor allem ist begrüßenswert, daß der Führer der industriellen Partei Deutschlands nicht in das Geschrei von der geminderten deutschen Leistungsfähigkeit als Ausgangspunkt eines Angebots einstimmt, sondern gerade in bezug auf Deutschlands Wirtschaftskraft einen starken Optimismus durchblicken ließ. Daß er bei diesen Ausführungen nicht die Zustimmung Helfferichs fand, sondern dessen Kopfschütteln hervorrief, bleibt verständlich. Auch die Sozialdemokratie hat immer die Auffassung vertreten, daß die deutsche Leistungsfähigkeit die Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems bilden muß und nicht von dem ausgegangen werden darf, was die Alliierten benötigen.

Stresemann hat sich schon oft mit guten Gedanken getragen. Als er versuchte, für sie zur Verwirklichung die Zustimmung seiner Fraktion zu erlangen, wurde er schließlich im Stiche gelassen. Diese Gefahr besteht auch heute noch. Dem „Staat, wie er ist“ zu dienen, wird der Abg. Cuno (Dt. Sp.) sicher nicht bereit sein. Bald wird sich Gelegenheit bieten, durch die Tat zu zeigen, daß die Volkspartei im Grunde hinter ihrem Führer steht. Ist das der Fall, dann dürfte die Rede Stresemanns neben den geschickten Erklärungen unseres Genossen Hermann Müller zu einer Klärung der außenpolitischen Lage beigetragen haben: eine starke Reichstagsmehrheit für den ersten deutschen positiven Schritt zu Verhandlungen wäre gefunden. Auch ein Cuno und Rosenberg vermögen sich dieser Mehrheit nicht zu widersetzen.

Die Debatte über die außenpolitische Lage wird am Mittwoch fortgesetzt werden, da eine zweite Rednerreihe zu Worte kommen soll. Für die Sozialdemokratie spricht Genosse Breitscheid.

Die Interpellationen über die Kriegsschuldfrage werden hinausgeschoben werden. Am Donnerstag und Freitag soll über den Etat des Wirtschaftsministeriums und am Sonnabend über die Frage des Versammlungsjahres gegen gewaltsame Sprengungen verhandelt werden.

### Verhandlungsbericht.

Der Reichstag setzte am Dienstag die politische Aussprache beim Auswärtigen Amte fort.

Abg. Gothein (Dem.) weist darauf hin, daß Poincaré mehrfach erklärt habe, daß Frankreich ein wiedererstarktes Deutschland zu fürchten habe. So erklärte sich die Politik der französischen Regierung. Frankreich glaube, daß jetzt die Zeit gekommen sei, das durchzusetzen, was es 1919 bei den Friedensverhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Es wählte dabei die Pfänderpolitik bis zur Erledigung aller Zahlungen. Das ist das Gefährlichste von allem. Denn jetzt brauchen sie der Bevölkerung keinerlei Wahlrecht und keinerlei Mitwirkung bei der Verwaltung zu geben. Sie können einfach auf Grund eines angemessenen Rechts eine Militärdiktatur ausüben. Das Versprechen der Räumung nach Zahlung ist also nur ein Verschieben auf den Sanft-Kimmerleinslag. Ueber die Forderung der eilapenweisen Räumung des Ruhrgebiets gibt es daher kein Faktieren. Ebensowenig Zweifel darf der Minister darüber lassen, daß ein Rheinbund unter Völkerbundskontrolle undiskutierbar ist. (Zustimmung.) Aber unsere Aufgabe ist,

### das schwere Joch der Bevölkerung

so bald wie möglich abzunehmen. Das Unglück war, daß in der Kommission die größte Macht, die Vereinigten Staaten von Amerika, ihren Platz nicht einnahm, sondern nur die nackten Interessen hatten. denen es gar nicht darauf ankam, Deutschland leistungsfähig zu erhalten, sondern es wirtschaftlich zu vernichten. Nun verlangt man von uns neue Vorschläge. Die konkrete Grundlage für Verhandlungen ist geschaffen, denn der Reichstagskanzler hat wiederholt erklärt, daß wir uns an die Vorschläge halten, die Vergann in Januar vorlegen sollte. Aber bei der jetzigen Einstellung Poincarés und seiner Verbündeten kommen Verhandlungen ja doch nicht zustande. Solche Entinnen, wie sie Poincaré fordert, gibt es in der ganzen Welt nicht. Das reiche England, das im Kriege seine Kolonien noch sogar vermehrt hat, hat sich Amerika gegenüber nach langem Zögern bereit erklärt, ganze 19 Milliarden zu zahlen, und zwar bereits auf 62 Jahre. (Gut, hört!) Was aber verlangt man von uns?

### In 4 Monaten des vorigen Jahres

haben wir 388 Millionen Goldmark für die Erfüllung des Friedensvertrags aufgebracht, also weit mehr als die Hälfte dessen, was das reiche England in den Zeiten der höchsten Belastung im ganzen Jahre glaubt aufbringen zu können. Und trotzdem würden wir diese Leistungen weiter erfüllen, wenn man unsere Wirtschaft nicht sinnlos zerstört hätte. Unser Geld ist durch die Geldpolitik der Entente völlig entwertet worden, und der Wert der Industriekartellen ist — gemessen am Dollarkurs — auf ein Viertel zurückgegangen. Man kann Annuitäten nicht aus dem Vermögen, aus der Substanz leisten, sondern nur aus den Lebensmitteln der Wirtschaft. Das zeigte sich, als wir die erste Goldmilliarde aufgebracht hatten: man mußte uns sofort ein Moratorium gewähren. Was nützen die 12 Milliarden Goldbons, wenn sie von uns hergegeben werden und keine Deckung dafür vorhanden ist? Sie sind eben nicht verwertbar. Ein direktes Angebot Deutschlands würde auf manche Kreise im Ausland und Inland einen günstigen Eindruck machen. Das darf man nicht unterschätzen. Aber ein solches Angebot könnte doch nur ein ganz bedingtes sein; wir sind vollständig mit allem einverstanden, was der Minister des Auswärtigen darüber gesagt hat. Dieses Angebot müßte außerdem garantiert sein von den Finanzministern der Welt. Die Anleihe, die man uns gewährte, um Frankreich zu bezahlen, müßte außerdem auf einige Jahre unverzinslich sein, damit der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft möglich ist. Denn wenn Deutschland nicht wieder leistungsfähig gemacht wird, schwebt ja auch die Anleihe in der Luft. Auch der Redner der Sozialdemokratie würde vielleicht weitergehende Forderungen nicht erhoben haben, wenn ihm der tatsächliche Text der Rosenbergschen Rede bereits vorgelegen hätte.

### Abg. Müller (Franken, Soz.): Das ist ein Strium!

Abg. Gothein (fortf.): Das ist bedauerlich. Durch weitergehende Angebote, die wir nicht erfüllen können, bringen wir uns selbst um unsern Kredit. Wir bekommen auch keinen Kredit, solange die Reparationen nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind und Frankreich nicht auf seine Sanktionen verzichtet.

### Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.):

Mit den Ausführungen des Außenministers sind wir in allem Wesentlichen einverstanden. Wir scheitern, daß der Außenminister gestern die im Januar begonnene aktive Politik der Reichsregierung in günstiger Weise fortgeführt hat. Ich sehe das Entschiedenste darin, daß diese Politik eine geeignete Grundlage bedeutet für internationale Abmachungen, falls die Entente und besonders Frankreich eine Rückzahlung wollen. Beachtlich erscheinen die Ausführungen des Abgeordneten Müller, wir könnten nicht den Gesamtplan der Fragen abhängig machen von internationalen Abmachungen, die sich monatelang, wemöglich jahrelang hinziehen können. Wir können nicht verlangen, daß im Ruhrgebiet ein aktiver Widerstand geleistet

wird, der wartet, bis internationale Sachverständige zu einer Ergebnis gekommen sind. Wir taumeln von einer Konferenz in die andre. In der Zeit aber verschwindet immer ein Teil der deutschen Leistungsfähigkeit nach dem andern. Der Friede wird für Frankreich immer teurer.

Soll das Reparationsproblem nach den Absichten der Herren, die Frankreich regieren, tatsächlich gelöst werden, oder treibt die französische Politik absichtlich dazu, die Reparationswunden offener zu halten, um dadurch das Ziel der Zerstörung der deutschen Einheit zu erreichen? Frankreich weiß darauf hin, daß es durch den Krieg am meisten gelitten habe.

Wir können das ruhig zugeben. Aber sehr falsch ist die Gegenüberstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs und des angeblich ungeschädigten Deutschlands. Will man in der Welt an der Tatsache vorbeigehen, daß ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung einfach enteignet ist? Wenn man unsere Forderung annimmt, daß man die Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Grundlage macht, dann kann man das doch nicht als Ausflucht der deutschen Regierung hinstellen, wenn sie diese Forderung aufstellt. Zweierlei steht jetzt gegenüber: die deutsche Leistungsfähigkeit, die auch Bonar Law zum Ausgangspunkt aller Diskussionen machen will, und die französischen Ansprüche, die einen Ausgleich dann unmöglich machen, wenn ihnen hinzugefügt werden die Ansprüche aller andern Alliierten.

Finanziell allein kann diese Frage überhaupt nicht gelöst werden. Hier stehen ganz andre Möglichkeiten der Entwicklung vor, und es ist seltsam, daß das offizielle Frankreich von dieser Möglichkeit nichts mehr weiß. Der Reichstagskanzler Cuno hat in seiner Hamburger Rede von dem Zusammenwirken der Industriellen gesprochen, und ich weise darauf hin, daß vielleicht die ganze Entwicklung der europäischen Verhältnisse überhaupt uns dazu bringen wird, ganz anders als früher die Frage zu erörtern, ob nicht alle Länder wirtschaftlich zusammenhängen

und der Weltmarkt noch länger durch Barrieren an den Grenzen abgeriegelt werden solle. Auch die neuen Grenzen ändern absolut nichts an der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit. Dieser Gedanke ist für die französische Wirtschaft viel wichtiger als der rein ziffermäßige Streit um einige Milliarden. Hier eröffnen sich Ausblicke wirtschaftlicher Art, die geeignet sind, in ganz anderer Weise die Wunden des Krieges zu heilen. Ein wirtschaftliches Zusammenwirken würde uns wenigstens wirtschaftlich mit Frankreich zusammenbringen. Wenn wir eine endgültige Lösung haben und klar sehen, was Deutschland zu leisten hat, erst dann können wir auch ein Höchstmaß der Steuerfähigkeit in Deutschland erzielen, und zwar mittelbar wie unmittelbar. Es ist schon früher gesagt: Ist die deutsche Freiheit und Selbständigkeit dadurch zu erringen, daß Industrie, Finanzen und Landwirtschaft sich dem Staate zu Verfügung stellen als Garanten für deutsche internationale Leistungen, dann werden sie sich auch nicht sträuben.

Wenn Poincaré eine Lösung der Reparationsfrage will, so kann er uns auf die Probe stellen, ob es uns Ernst ist mit einer ehrlichen Verständigung. — Es ist notwendig, gerade diese Tatsache einmal vor der ganzen Welt festzustellen, daß eine Verständigung in der Reparationsfrage nicht an Deutschland scheiterte. Ich möchte beinahe sagen, daß es keinen Reparationswillen in Frankreich gibt. Man hat Kamillen von Kaufmann von Beamten um Wohnung und Brot gebracht. Ist das nicht

### die Vorbereitung der Annexion?

(Sehr wahr!) Namentlich, da man die politischen Führer des deutschen Volkes ohne jeden Grund aus dem Gebiet ausgewiesen, um für bezahlte Subjekte, wie Dorten, die Bahn freizumachen.

Nach ein Wort dem Gedanken: Völkerbund und Rheinland: Wenn Lord George hier die Last der Besetzung zu erheben gedenkt durch eine internationale Gendarmerie, so ist das noch viel entwürdigender als der direkte Druck einer feindlichen Besetzung. Der jetzige Zustand des deutschen Volkes wird durch alle die Ereignisse seit dem 11. Januar auf eine außerordentlich harte Probe gestellt, auch politisch. Man kann sich gar nicht darüber wundern, wenn die Extreme im Innern so zerschärft werden durch diese Politik der Zerrüttung der deutschen Verhältnisse von außen her. So unendlich schmer ist die Stellung jeder Regierung gegenüber diesen Extremen. Die Regierung soll gegenüber zu weitgehenden nationalen Forderungen nur die Politik des Erreichbaren verfolgen. Unsere Aufgabe ist es, wie auch der Abgeordnete Helfferich betont hat, den Staat zu verteidigen, wie er ist und durch nationale Besonnenheit und Zusammenfassung aller Kräfte den Staat zu retten für unsere Nachkommen, die uns dankbarer sein werden als manche Kritiker der Gegenwart, die an ihm lediglich negative Kritik üben.

Abg. Dr. Leicht (Bahr, Volksp.): Es gibt Leute, die schon empfindlich sind, wenn man von Verhandlungen spricht. Das ist politische Onkologie. Ich weise diese Heißsporne darauf hin, daß hier nur die Alternative gilt: Verhandlungen, bei denen wir dabei sind, oder Diktat. Alles, was die deutsche Einheit fördern kann, mag es auch aus München — ich sage das als Bayer — oder von rechts oder links kommen, lehnen wir ganz entschieden ab. Alles kommt darauf an, daß wir unsern Rhein verteidigen, unsern freien, deutschen Rhein. (Beifall.)

Abg. Stöcker (Komm.): bezeichnet die Rede des Herrn von Rosenberg als inhaltslos und fordert die Arbeiterchaft auf, den Kampf gemeinsam mit der französischen Arbeiterchaft zu führen. Die Arbeiterchaft des Rheinlandes denkt daran, die Verhandlungen auf Lösung von Deutschland oder Preußen zu unterbrechen.

Nach weitem Ausführungen der Abgg. Alpers (Dt.-bann.) und v. Graefe (Dt.-böll.) verlagert sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr. —

# Volksbegehren nach Siedlungsland.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben:  
 Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung, eine Organisation von Bodentreformern, hat beim Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Beschaffung von Siedlungsland fordert. Gleichzeitig hat der Reichsbund das Zulassungs- und Eintragungsverfahren für einen Volksentscheid über den Gesetzentwurf beantragt. Da sich der Antrag auf mehr als 5000 Unterschriften von Reichstagswählern stützt, muß der Reichsminister des Innern ihm nach dem Gesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 stattgeben. Nunmehr hat der Antragsteller, also der Reichsbund für Siedlung und Pachtung, vorchriftsmäßige Eintragslisten zu beschaffen und die Gemeindebehörden müssen den Reichstagswählern Gelegenheit geben, sich in die Listen eigenhändig einzutragen. Für die Eintragung ist vom Reichsminister des Innern eine zwölfstägige Frist, vom 18. April bis 1. Mai, festgesetzt worden. Wenn in dieser Zeit ein Zehntel der Reichstagswähler sich in die Listen einträgt und damit ein Volksbegehren stellt, muß der Reichsminister des Innern den vom Reichsbund eingereichten Gesetzentwurf dem Reichstag vorlegen. Nimmt der Reichstag, und später der Reichsrat, den Entwurf unverändert an, so ist er damit Gesetz geworden. Verändert der Reichstag aber den Gesetzentwurf, so kommt es zum Volksentscheid. Die Reichstagswähler stimmen dann darüber ab, ob der ursprüngliche oder der vom Reichstag veränderte Entwurf Gesetz werden soll. Der ursprüngliche Entwurf wird nur dann Gesetz, wenn die Mehrheit der Reichstagswähler an der Abstimmung teilgenommen und die Mehrheit der Abstimmenden sich dafür erklärt hat. Andernfalls bleibt es bei dem vom Reichstag abgeänderten Gesetz.

Der vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung vorgelegte Gesetzentwurf über die Beschaffung von Siedlungsland hat folgenden Wortlaut:

§ 1. In einer Adermahlung im Sinne des § 1 des Adermahlungsgesetzes vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1429) gehören bei Bodenklasse I 50 Morgen, bei Bodenklasse II 60 Morgen, bei Bodenklasse III 70 Morgen, bei Bodenklasse IV 80 Morgen, bei Bodenklasse V 100 Morgen, bei Bodenklasse VI 120 Morgen, bei Bodenklasse VII 160 Morgen, bei Bodenklasse VIII und geringerer Bodenklasse 200 Morgen.

§ 2. Wer an Land, Weiden und Wald mehr als zwei volle Adermahlungen besitzt, ist verpflichtet, ein Drittel der die zweite Adermahlung übersteigenden Fläche an das Land, in welchem sich der Grundbesitz befindet, ohne Entschädigung abzutreten.

§ 3. Die Länder haben diese von den Großgrundbesitzern übernommenen Flächen bis zum Umfang einer Adermahlung an solche Familien in Erbpacht zu vergeben, die noch kein Land oder noch keine volle Adermahlung besitzen.

§ 4. Die Höhe der Erbpacht beträgt 5 Prozent des Wertes des Grundstücks im Jahre 1914. Die Einziehung der Erbpacht erfolgt durch die Verwaltungsbehörden.

§ 5. Soweit auf Grund des § 2 Waldflächen an die Länder abgetreten werden, sind sie zur Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung vom Staate zu übernehmen.

§ 6. Solange keine Familien auf Uebertragung der Grundflächen anfragen, kann das Land die Grundflächen in größerem Umfang an die bisherigen Besitzer oder an andere Landwirte in Zeitpacht zur Bewirtschaftung überlassen. Die Zeitpacht ist in solchen Fällen nach § 4 zu beschreiben.

Dieser Gesetzentwurf ist ohne vorherige Fühlungnahme mit den politischen Parteien ausgearbeitet und eingereicht worden. Auf seinen Inhalt und seine Formulierung hat auch unsere Partei keinen Einfluß gehabt. Die Organisation des Volksbegehrens ist ebenfalls nur vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung in Angriff genommen worden, anscheinend ohne Kenntnis der dafür erforderlichen großen Mittel und Kräfte, so daß es fraglich ist, ob das Volksbegehren überhaupt zustande kommt. Gelangt der Entwurf aber an den Reichstag, so wird unsere Partei ihn durch entsprechende Anträge in sozialistischem Sinn umzugestalten versuchen.

Der Entwurf geht lediglich von dem Siedlerverlangen nach Land aus und will nicht nur Großbetriebe, sondern unterchiedslos auch Mittelbetriebe zur Landabtreibung für Siedler zwingen, um möglichst viele sich selbst genügende Adermahlungen zu schaffen. In einem ausgedehnten Industriegebiet wie Deutschland muß aber die landwirtschaftliche Bodenverwertung über den Eigenbedarf der landwirtschaftlichen Betriebe hinaus möglichst hohe Er-

träge für die Lebensmittelversorgung der Städte und Industriebezirke liefern, wenn nicht die Volksernährung völlig vom Ausland abhängig werden soll. Wir können daher nicht schematisch, lediglich wegen des Verlangens nach Siedlungsland, intensiv und gut wirtschaftende landwirtschaftliche Mittel- und Großbetriebe in kleine Adermahlungen zerlegen, die keine nennenswerten Ueberflüsse für die allgemeine Volksernährung liefern. Es muß eine gesunde Mischung bestehen bleiben. In diesem Sinn ist der Gesetzentwurf des Reichsbundes umzugestalten.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschädigung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige Enteignung des Großgrundbesitzes über 750 Hektar zum Zwecke rationeller Bewirtschaftung durchgeführt und ein Teil des enteigneten Bodens sofort für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Damit wird sowohl dem berechtigten Verlangen nach Bereitstellung von Siedlungsland wie der Notwendigkeit entprochen, die landwirtschaftliche Produktion im Interesse der Volksernährung weiter zu steigern.

Bei dieser Sachlage — die für unsere Partei die Möglichkeit offen läßt, im Reichstag Anträge zur Umgestaltung des vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung eingereichten Gesetzentwurfs im Sinn unserer eignen Entschädigung und unserer eignen Gesetzentwurfs zu stellen — liegt trotz der betonten Mängel des Entwurfs für unsere Partei kein Grund vor, gegen das eingeleitete Volksbegehren Stellung zu nehmen, obgleich betont werden muß, daß es nicht Aufgabe unserer Parteiorganisationen sein wird, die Sache des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung zur Irgenden zu machen.

## Der erste Erfolg.

Die Republikanische Notwehr in der Provinz Sachsen wird allem Anschein nach den ersten Erfolg buchen können: die bürgerliche Presse beginnt endlich einmal ernsthaft über das Verhältnis zwischen Staat und Organisationen, die sich ihm „zur Verfügung stellen“, nachzudenken und wird werden unser möglichstes tun, diese Diskussionen zum Beginn jenes Klärungs- und Reinigungsprozesses werden zu lassen, der Deutschland bitter tut.

Die „Magdeburgische Zeitung“ erklärt, daß Organisationen wie die Notwehr zweifellos erlaubt seien, solange der Staatsgerichtshof sie nicht für illegal erklärt. Das Blatt meint aber, daß sei eine Nebenfrage, die Hauptfrage sei die, ob es „politisch zuträglich ist, daß die politischen Parteien sich derartige Organisationen angliedern“ und verneint diese Frage „mit aller Bestimmtheit“. Wir müssen an die „Magdeburgische Zeitung“ Gegenfragen stellen. Gilt sie es für politisch tragbar, daß sich Organisationen bilden, die von vornherein als Bürgerkriegs- und staatsfeindliche Formationen gedacht sind und an diese Formationen eine „politische Partei“ anhängen, wie es die Nationalsozialisten und Vaterländischen Kampfbünde unter den Augen der bayrischen Regierung und mit Unterstützung sehr einflussreicher Staatsbeamter tun, ohne daß die Reichsregierung einschreitet? Warum hält es die „Magdeburgische Zeitung“ für politisch untragbar, wenn die Sozialdemokratie der Staatsregierung Kräfte zur Verfügung bereitstellt, um auf Inforderung jederzeit die Staatsgewalt verstärken zu können und warum hat sie nicht einzusetzen gegen Organisationen nach Art des Stahlhelms und des Jungdeutschen Ordens, die es als ihre Hauptaufgabe betrachten, der Regierung bei Niederschlagung von Aufständen beihilflich zu sein? (Wir sehen dabei ganz ab von der politischen Einstellung dieser Verbände, die dem heutigen Staat alle andern Gefühle, nur seine freundschaftlichen entgegenbringen.) Wir fragen weiter: Warum hat sie nicht einzusetzen gegen das „üble

Verhalten“ der bayrischen Regierung, die sich aus obstruieren Verbänden eine Notpolizei geschaffen hat?

Wenn die „Magdeburgische Zeitung“ behauptet, durch die Gründung der Republikanischen Notwehr sei eine prinzipiell wichtige Frage aufgeworfen worden, so ist das nur insoweit richtig, als durch diese Gründung eine Antwort auf eine längst schon brennende Frage erzwungen werden soll, um deren Beantwortung sich die „Magdeburgische“ allerdings bislang gekümmert hat. Und wenn der Magdeburger Aufmarsch zur Folge haben sollte, daß das ganze Reich eine Lösung des Problems gefunden wird, dann bleibt nur eins zu bedauern, daß es nicht schon früher geschah. Wer auch immer um die Lösung sich bemüht, der sei aber an ein arabisches Sprichwort erinnert: Wenn du mit Worten kochen kannst, so verspreche ich dir einen Ozean voll Butter.

Von den Deuten in und außerhalb Magdeburgs, die ob der Notwehr den Finger an die Nase legen, fallen durch besonders heftige „staatspolitische Bedenken“ vor allen anderen jene auf, die ihre helle Freude an Hitlers Parade haben, und von manchem andern, der plötzlich den um die Autorität der Republik Besorgten mimt, haben wir Grund zur Annahme, daß er davon träumt, eines Tages zu erwachen und einen von den Hitlerbuam bereiteten Boden der Tatsachen zu finden, auf den er mit beiden Beinen zugleich springen kann.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich die demokratische Republik nicht unter den Füßen wegziehen lassen und werden alle Rechte, die Reichs- und Landesregierungen irgendwelchen Organisationen gewähren, auch für sich in Anspruch nehmen. Dazu gehört auch das Recht, der Regierung Hilfe in der Not anzubieten, und wenn die „Magdeburgische Zeitung“ das komisch findet, so erscheint uns aus außenpolitischen Gründen eine solche Behandlung sehr erster Dinge immer noch überaus klug und weise gegenüber einer deutschen nationalen Art der Darstellung, die nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts als landesverräterischer Denunziationsversuch zu bewerten ist.

## Dicke Luft in Bayern.

Für Leute, die entrüstet tun, wenn die republikanische Presse behauptet, daß die bayrische Regierung nicht mehr Herr sei ihrer selbst, ist ein Münchner Artikel der „Deutschen Zeitung“ als heilsame Lektüre zu empfehlen, in welchem es heißt:

Es herrscht wieder einmal dicke Luft in Bayern — ungewöhnlich. Ein Sturm der Entrüstung durchbraut ganz Bayern: Wir geben die beiden nicht heraus! Verhaftet können Edart und Weger nur durch bayrische Polizisten werden. Werden sich solche finden, die Sand an sie anlegen? Wir bezweifeln es, wir bezweifeln es vorläufig auch noch, daß die bayrische Regierung sich bereit erklären wird, einen Verhaftesbefehl gegen Dietrich, Edart und Weger ausführen zu lassen. Die jüdisch-sozialistischen Heher an der Spree sollen auf Granit steigen. Die Stimmung in Bayern ist furchtbar erregt, jeden Augenblick kann sich ein Gemitter entladen, dessen Folgen für die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland verhängnisvoll sein können.

Reichstagskanzler Cuno ist bei seinem Besuch in München über die Lage in Bayern unterrichtet worden, denn er hat auch das Präsidium der vaterländischen Verbände empfangen; er weiß wohl, wer in Bayern die tatsächliche Macht in Händen hat. Wir haben es in Bayern satt, uns noch weiterhin von Berlin aus drangsalieren zu lassen. Wenn es zu einem Zusammenstoß kommt, werden die Berliner jüdischen Heher die Verantwortung für das, was in Bayern geschieht, zu tragen haben!

Das ist deutlich genug. Und wenn auch die bayrische Regierung es ablehnte, im Fall Edart-Weger vor den Drohungen der Kampfbünde zu knicken, so pfeifen es doch die Spähen von allen Münchner Dächern, daß die bayrische Regierung die schwersten Bedenken äußerte, als angefragt wurde, wie sie sich zu einem Haftbefehl gegen ein Hitler stelle, gegen den vom Staatsgerichtshof, wie behauptet wird, ein Verfahren wegen Bildung bewaffneter Organisationen eingeleitet wurde. Der „Börsliche Beobachter“ ergeht sich denn auch in den wütesten Drohungen gegen die Reichsregierung und das bayrische Kabinett, falls der Versuch gemacht werden sollte, Hitler vor die „Leipziger Straße“ zu stellen.

## Kleines Feuilleton.

### Die Jurjewitscha als Nini.

Schade, daß die russische Bühnenkünstlerin die Nini in „Bohème“ für die Gattin gewählt hat. Das ist eine Partie, in der sie ihre eigenartigen Fähigkeiten nicht ausfallen kann. Gerade das Bühnenleben, gerade die Szene bietet rührenden Jäger liegt ihr nicht. Sie ist die ideale Hochgenussin, energiegelad in jeder Bewegung, gewandt die Szene zu beherrschen. Ihr Singspiel hat einen tiefen, erweichenden, herrlichen Klang. Es gelang es ihr denn auch, die Rolle, jenseitige Nini, die über ihrem Schönen Leben steht, den Gattin zu verkörpern und sie selber die Augen hat, glänzend und harmonisch zu machen. Man konnte lediglich wünschen, daß sie eine für den Bühnenbesitzer ungewöhnlich gute Gelegenheitsdarstellerin wäre, jedes neue Stück zu spielen, das über alle Grenzen des Theaters hinausgeführt und eine „große Rolle“ zu spielen, wie ein wirklich guter Sänger mit einer unerschöpflichen Begabung spielt, der überdies die Gelegenheit zu machen kommt. Diese Gelegenheiten hat in Deutschland — Singer nicht nur, aber, und manchmal Sängerinnen, ist gar nicht. Es mag mit der Szene zusammenhängen, die viel leichter nachzulernen ist als die Bühnenkunst, aber die Jurjewitscha mag, als unter Deutsch und jenen beiden hervorragenden Bühnenkünstlerinnen, als Nini eine weitere ein, daß „Va bene“ sein wird, nicht zu sagen ist als „Es ist gar“.

Der Gesang, den diese Nini singt, hat eine wunderbare, leichtschwebende Art. Darüber hinaus ist sie eine ausgesprochene Geister mit ihrem feinen Gesang, den wir aber nicht hören können, weil die Bühne nicht über die nötige Lautstärke verfügt, um die Stimmen der Sängerinnen zu hören. Die Jurjewitscha mag, als unter Deutsch und jenen beiden hervorragenden Bühnenkünstlerinnen, als Nini eine weitere ein, daß „Va bene“ sein wird, nicht zu sagen ist als „Es ist gar“.

horen nicht von rechts hinten, wo sie den Solospielern Raum zur Entfaltung lassen würde. Auch natürlich war manches zu beklagen: der Chor beim Aufsteigen der Nini hatte Klänge nicht, das Ensemble vor dem Café Roman wurde freidenkweise vom Orchester geleitet, die Zeitnahme in der zweiten Hälfte dieses Aktes, der sich handlungsmäßig, prinzipiell, jüdisch, wurde unmerklich verlegt. Wenn uns nicht das Theater über das übermäßig niederdeutsche Tempo unserer Heimat hinweghelfen kann, wer sollte es sonst können?

**Westerschritt.** Der Verein Volkstheater in Berlin hat zum Nachfolger ihres bisherigen künstlerischen Leiters Friedrich Klinger den Oberregisseur für das Schauspiel am Staatstheater Kassel, Friedrich Hoff, früher am Düsselbacher Schauspielhaus, ernannt. Auf der Kandidatenliste standen Karl Gehrig, Martin und der Dramaturg Julebrand Gustaf Hartung. — Dem in seiner Abschiedsrede, während eines amerikanischen Gastspiels, abgelehnten Direktor des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg, Hartmann, hat der Magistrat sein Resignation angeschlossen und Wiederernennung zugesagt. — Die durch den Verfall der Einnahmen der Berliner Chorsänger erzwungene weitere Reformen haben zur Zurücknahme der von der Intendantin ausgesprochenen Kündigung und nachträglicher Wiederherstellung der bisherigen Verträge geführt. Die Regierung legte dem mit Beginn der neuen Spielzeit des Opernhauses durch Umgestaltung nach dem Angebotskriterium besetzt zu werden. — In Stelle des am 1. April ausgeschiedenen Opernregisseurs H. Glaser hat die von ihm verwaltete Theaterabteilung des Polizeipräsidiums bis auf weiteres Regierungsrat Kasper übernommen. Die Überleitung über das Theater führt der Leiter der Generaldirektion beim Polizeipräsidium, Oberregierungsrat Kasper. — Seitens der Stadt Gera ist eine öffentliche Einholung zu der Veranschaulichung von Gaspard von Österreichischer Kunsttheater — Tang und Ort — anlässlich der Generalversammlung des Völkerverbundes durchgeführt. In dieser Hinsicht ist man bemüht, das Gelernteste dieser Gattung zu erreichen.

**Das der Welt der Wissenschaft.** Walter Rezniks Nachfolger an der Berliner Universität ist der Ordinarius der physikalischen Chemie an der Leipziger Universität in Hannover Dr. Max

Bodenstein. Professor Bodenstein, der im 53. Lebensjahr steht, ist gebürtig Magdeburger, er machte seine Studien in Berlin unter Leitung von Liebermann und Kernst, wurde 1900 Assistent Ostwalds am Leipziger Physikalisch-Chemischen Institut, 1906 außerordentlicher Professor und Abteilungsleiter an dem gleichen Institut in Berlin. In Ostern 1908 wurde ihm die der Technischen Hochschule in Hannover neugegründete Professur für Elektrochemie übertragen. Mit Ostwald gab Bodenstein die „Gesammelten Abhandlungen“ von Nob. Wilhelm Bunsen heraus.

**Sibende Kunst.** Immer wieder hört man vom Verkauf nationaler Kunstgüter, die als solche über dem Begriffe des „Privateigentums“ stehen, durch ehemalige deutsche Landesbesitzer. Es scheint demnach, daß die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, die sich nach und nach veröffentlichen, die deutschen Kasse zu erhalten, ungenügend oder unwirksam sind. Ein neuer Beweis für diese bedauerlichen Mängel ist ein Silberversteigerter des jüngeren Großherzogs von Weimar, über den in der „Kunstchronik“ berichtet wird. Es handelt sich um eine Gruppe wertvoller Silber aus dem Privatbesitz des Großherzogs, und zwar sind es ein heiliger Augustinus von Perugino, eine Madonna von Luini und zwei kleine Tafeln von Hans Memling, die heiligen Stephanus und Christophorus darstellen. Der Verkauf ist gerade bei den Memling-Tafeln um so merkwürdiger, als sie in die Liste der Stücke aufgenommen sind, deren Ausfuhr von einer besonderen staatlichen Genehmigung abhängig ist. Ein entsprechender Antrag soll aber überhaupt nicht gestellt worden sein. Ein recht eigenartiger Beitrag zum Kapitel Patriotismus deutscher Fürsten!

**Russl. Fritz Kreisler.** Der bekannte österreichische Geiger plant eine Rundreise durch China und Japan, deren Erfolg der Kunsthilfe überwiesen werden soll. Der Künstler hat sich indes früher durch ungewöhnliche Freigebigkeit, namentlich der Berliner Hochschule gegenüber, ausgezeichnet.

**Wunden begnadigt.** Durch Beschluß des hiesigen Staatsministeriums ist das auf ein Jahr Gefängnis lautende Urteil gegen den bekannten Völsberger Dr. Gustaf Wunden, den Begründer der freien Schulgemeinde Wundersdorf, ausgesetzt worden. Gegen das russische Urteil waren zahlreiche Proteste erhoben worden.

Die letzte Sonntagssparade der Stiergardie, an welcher auch einige Reichswehr-offiziere teilnahmen, hat nun auch in den Kreisen der bayerischen Regierungsparteien nicht geringe Unruhe hervorgerufen. Im Landtag fragte Graf Besta die bayerische Volkspartei, ob die Regierung für den Fall rechtlicher Angriffe alle Vorbereitungen getroffen und alle Machtmittel in der Hand habe, um gegebenenfalls rechtliche Vorstöße in den Schranken zu halten, und ob sie insbesondere der Landespolizei sicher sei. Man sei vielfach der Meinung, daß in der Landespolizei nicht Leute mit staatlichen Geldern unterhalten werden dürften, bei denen die Gefahr bestehe, daß sie im gegebenen Augenblick nicht auf Seiten der Regierung stehen würden. Die Befürchtungen bezögen sich nicht bloß auf die untersten Stellen, sondern auf die Spitzen selbst.

Das also ist der Eindruck, den die maßgebende Regierungspartei von dem wichtigsten Organ der Staatsgewalt in Bayern hat! Der Minister des Innern versicherte zwar, die Landespolizei sei zuverlässig, aber die Probe aufs Exempel, die Fälle Eckart, Weger, sind noch nicht gemacht, und die Bedenken, welche die bayerische Regierung gegen eine Festnahme Sillers hat, zeigen, wie schwach ihre Macht in Wirklichkeit ist.

### Aus dem Ruhrgebiet.

#### Neuer Protest.

Die Reichsregierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher den dortigen Regierungen mitgeteilten Namen von Beamten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreicht lassen, die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 833 Personen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diese Massenauweisungen von Beamten durch die Interalliierte Rheinlandkommission Protest ein. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat der Interalliierten Rheinlandkommission eine Abschrift der Note überreicht.

#### 170 Bahnhöfe besetzt.

Ueber die Verkehrslage im Ruhrgebiet ist folgendes zu berichten: Von den 206 Bahnhöfen des Ruhrgebiets sind im ganzen 170 von den Feinden besetzt. Auf 60 von diesen ruht der deutsche Betrieb, während die übrigen besetzten Bahnhöfe noch immer in deutschem Betrieb sind. Von den 60 der deutschen Betriebsleitung entzogenen Bahnhöfen werden 44 in mäßigem Zugverkehr von den Gegnern befahren, 10 liegen still, auf 6 ist der Betrieb infolge Besetzung angrenzender Strecken lahmgelegt. — Im Ranke des besetzten Gebiets sind 8 Kontrollstellen im Essener und 4 im Elberfelder Bezirk eingerichtet. Im altheimischen Gebiet versuchen die Franzosen, in den Personen- und Güterverkehr eine gewisse Regelmäßigkeit zu bringen. Ihre „Regie“ hat eine Bekanntmachung im südlichen Bezirk anhängen lassen, wonach sie den Reise- und Gepäckerverkehr sowie die Beförderung von Eis- und Frachtgütern in Wagenladungen übernommen habe.

#### Wie gelogen wird.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“, ein deutschnationales Blatt, meldet: „Einer Zuschrift der „Schlesischen Zeitung“ aus dem Ruhrgebiet entnehmen wir, daß von den 17 Schülern, die seinerzeit in Bochum von den französischen Folterknechten aufs furchterlichste mißhandelt wurden, zwei erblindet sind, weil man ihren Kopf in Fauche getaucht hat, deren scharfes Gift den Sehnerb zerstörte. Die Wohnungen der Eisenbahner in Trier-West-Guren, die am 7. April von den Spahis in besonders brutaler und gewalttätiger Weise geräumt worden sind, dienen jetzt als Ställe für die Pferde der Spahis.“

So sorgen diese Blätter für eine Verständigung, so treten sie für die Abkürzung der Leiden der Ruhrbevölkerung ein. Wo ist der Gewährsmann der „Schlesischen Zeitung“? Woher hat er alle in diese Nachrichten? Haben die französischen „Saboten“ den Schülern beim Eintreten in die Fauche die Augen aufgerissen? Kann Fauche überhaupt die Sehnerben in einer halben Minute zerstören? Und werden in Trier-West auch die im zweiten und dritten Stockwerk und im Dachgeschoß gelegenen Wohnräume als Pferdeställe benutzt? Und — das traurigste: diese Blätter werden von Arbeitern auch gelesen!

### Der Reichskommissar ausgewiesen.

Dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürsten von Gafeld-Wildenburg, ist vom Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission eine Note übergeben worden des Inhalts, daß die Aufrechterhaltung eines Reichskommissariats für die besetzten Gebiete die Autorität der Rheinlandkommission und die Ausführung ihrer Verordnungen beeinträchtigt und daß daher die Mission des Reichskommissars als beendet betrachtet werden müsse. Fürst Gafeld hat sofort Einspruch erhoben unter Hinweis darauf, daß das Agreement zu seiner Ernennung nicht von der Interalliierten Rheinlandkommission, sondern von der Völkervereinigung erteilt worden sei und daß er demgemäß der Rheinlandkommission nicht das Recht zuerkennen könne, seine Mission für beendet zu erklären.

### Spaltung der Eisenbahner.

Die Kommunisten haben es nunmehr zur offenen Spaltung im Deutschen Eisenbahnerverband getrieben. Die „Note Fahne“ veröffentlicht einen langen Aufruf einer „Reichskonferenz der kommunistischen Eisenbahner“. Das bedeutet nichts anderes als die Zusammenfassung der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf Grund der von Moskau gegebenen Anweisungen. Die Opposition in den einzelnen Zahlstellen, die Fraktionarbeit in den Versammlungen waren nur das notwendige Vorbild zu dieser offenen Spaltung.

Es klingt wie Hohn, wenn die sich absondernden kommunistischen Eisenbahner sich als die Verteidiger der gewerkschaftlichen Einheitsfront gebärden. Das Nachwerk einer Kritik zu unterziehen, hieße ihm zuviel Ehre antun. Es genügt, wenn wir feststellen, daß die Kommunisten nunmehr offen zur Spaltung der Gewerkschaften übergegangen sind.

Wenn auch ein Teil der Eisenbahner aus erklärlichen Gründen gewerkschaftlich noch ungeschult ist, so glauben wir doch nicht, daß sie diesen organisatorischen Selbstmord unterstützen werden. Wir sind überzeugt, daß die kommunistischen Schreiber in dem Augenblick, wo sie sich außerhalb der Organisation stellen, auch allein stehen und damit ihre Bedeutungslosigkeit und ihre Ohnmacht offenbar sein wird.

Dollar Amtliche Notiz vom 22.7.50 Markt  
Dienstag 21.156  
Mittwoch mittig circa 22.750 Markt

### Notizen.

Eine Saardelegation beim Völkerbundrat. Zu der Tagung des Völkerbundrats in Genf, die eine Reihe wichtiger saarländischer Angelegenheiten zu behandeln hat, ist eine Delegation von Mitgliedern des Landesrats ins Saargebiet entsandt. Neben der Frage der Notverordnung, durch welche die saarländische Presse unterdrückt wird, will die Delegation vor allem die Frage des Nachfolgers für das bisherige saarländische Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector zur Sprache bringen sowie gegen die Haltung der Regierungskommission im Bergarbeiterstreik und gegen die völlig ungerechtfertigte Verdoppelung der französischen Truppen aus Anlaß des Streites protestieren.

Der besetzte Freischütz. Der schliefstige Schloßherr am Schwielensee bei Potsdam, v. Kähne, hat gegen eine ganze Reihe von Zeitungen, die anlässlich der Erschießung des Arbeiters Nietert durch Röhne das gemeingefährliche Treiben dieses adeligen Wälders brandmarkten, Verleumdungsprozesse angestrengt. Das Gericht hatte damals Notwehr angenommen. Diesen sonderbaren Standpunkt vertrat auch jetzt das Schöffengericht in Brandenburg und verurteilte den Reballeur Salting von der „Brandenburger Zeitung“ wegen übler Nachrede und formaler Verleumdung zu 30.000 Mark Geldstrafe. Gegen den angeblich Verleumdigen schwebt noch ein Verfahren wegen des Falles Laase, des Rächterjohnes, der im Rehower Forste tot aufgefunden wurde. Während hier die Staatsanwaltschaft nicht über die Ermittlungen hinauskommt, beginnt man bereits mit der Beurteilung der Kritiker.

Oberbürger Ubergangs-Rabinnett. Nachdem die Deutsche Volkspartei in Oberburg, entgegen den Wirten des Reichskanzlers und dem Rat Dr. Stresemanns, Neuwahlen zum Oberbürgerlichen

Landtag erzwungen hat, wurden gestern mit den Stimmen der alten Koalition drei höhere Beamte als Minister des Ubergangs-Rabinnetts gewählt. Den Vorsitz führt Geheimrat Oberregierungsrat v. Jülich. Die Volksparteiler enthielten sich der Abstimmung.

Dinter will klagen. Der kürzlich auf Veranlassung der Regierung von Thüringen wegen umfänglichlicher Umrüstung und anderer Verstöße gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verhaftete antisemitische Schriftsteller Arthur Dinter in Gräfentoda wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen. Dinter will wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung und Verursachung erheblicher Schäden geltend machen.

Militärischer Hilfsdienst für Frauen in Polen. Die Militärkommission des Sejm nahm zum Gesetzentwurf betreffend die Militärdienstpflicht einen Antrag an, demzufolge die Dienstzeit auf 1 1/2 Jahre festgesetzt wird, ferner einen Antrag, der die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren zum militärischen Hilfsdienst verpflichtet. Der Präsident der polnischen Republik hat auf Antrag des Ministerrats den französischen Marschall Foch zum Ehrenmarschall der polnischen Armee ernannt.

Mitritte im Kabinett Mussolini. Nach einer Depesche der Agentur Journier aus Rom haben ein Minister und drei Unterstaatssekretäre, die der Katholischen Volkspartei („Popolare“) angehören, ihre Demission eingereicht.

Der Ring von De Valera. Aus Dublin wird gemeldet: Die Befehlshaber der 1. und 3. Division der Aufständischen sind in den Bergen der Grafschaft Waterford gefangengenommen worden. Die ganze Grafschaft Tipperary ist von Regierungstruppen umzingelt, die das Gebirge durchstreifen, um De Valera zu fangen.

Das Kabinett Seipel wiedergewählt. Der österreichische Nationalrat hat mit 100 gegen 69 Stimmen der Sozialdemokraten das Kabinett Seipel wiedergewählt. Aus dem bisherigen Kabinett scheiden infolge der Zusammenlegung der Ministerien die Minister für Justiz und Eisenbahnen, Dr. Waber und Oehnal, aus. An Stelle des bisherigen Handelsministers Kraft tritt der großdeutsche Abgeordnete Schuerff.

### Depeschen.

#### Echo der Stresemann-Rede.

Wh. London, 18. April. Die Reichstagsrede Stresemanns, in der der Bergmann-Plan als Grundlage für weitere Verhandlungen vorgeschlagen wird, wird in der Presse viel beachtet. Der Berliner Mitarbeiter der „Times“ fand seinem Blatt einen ausführlichen Bericht über die Rede Stresemanns, die als „interessantester Beitrag“ zur Reichstagsausrede über die Rede Rosenbergs bezeichnet wird.

#### Englische Pressestimmen.

Die „Times“ befaßt sich in einem Leitartikel mit den Reden Poincaré und Rosenbergs gemeinsam und schreibt, es würde schwierig sein, in beiden Reden eine Ermüdung für irgendwelche rasigen Hoffnungen zu finden. Man hätte gewünscht, daß die Äußerungen der Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands eine klare Andeutung über die Möglichkeit von Verhandlungen enthalten hätten, die den Kriegszustand zu mildern geeignet wären, der immer schwerer auf dem Ruhrgebiet lastet und die Wiederherstellung Europas behindert. Rosenbergs Rede sei eine greifbare Andeutung darüber gegeben, was Deutschland schließlich zu zahlen bereit wäre. Rosenbergs Rede stelle einen wichtigen Fortschritt gegenüber den früheren Äußerungen der deutschen Regierung dar. Es sei jedoch in beiden Reden eine geringe Richtungsänderung wahrnehmbar. Es könne sein, daß diese sehr entfernte und indirekte Art der Erörterung allmählich unter dem Druck der unruhigen öffentlichen Meinung zu etwas gebracht werde, was den endgültigen Verhandlungen näherkomme.

Die „Daily News“ schreibt, das Angebot Rosenbergs sei wenigstens eine Sondierung für eine praktische Erörterung. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt aus, das Angebot von 30 Milliarden Goldmark werde praktisch angesichts der augenblicklichen Stimmung in Frankreich und Belgien für ungenügend gehalten.

Die „Westminster Gazette“ schreibt dagegen, so versuchsweise Rosenbergs auch eine Summe von 30 Milliarden Goldmark erwähnt habe, so müsse dieser Schritt doch als ein deutlicher Fortschritt in der Richtung der Reparationsregelung gewertet werden. Es wäre aber besser gewesen, wenn er kein Angebot mit weniger Reserve gemacht und einen Plan dargelegt hätte, der den bekannten Forderungen Frankreichs mehr entgegenkommen wäre. Es bedeute jedoch einen Fortschritt, daß er in seiner Erklärung eine Summe, die, wie man wisse, in naher Beziehung zu dem Betrag stehe, den man vernünftigerweise von Deutschland erwarten könne, genannt habe. Die deutsche Regierung könne nicht verschlafen, an Prestige in den Augen der Welt zu gewinnen, wenn sie auf diesem Wege vorwärts schreite und ihr Angebot weiter ausarbeite.

# Dixie

das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & CO., DUSSELDORF

### Kleine Anzeigen

**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
242 billige angefertigt. Stoffe u. Futter 15 neu ausgegeben. Gustav Böhmer, Kl. Markt 3, 1.

**Wiederverkäufer**  
Bretter und Bretterrahmen unter jeder günstigen Bedingung für eine Anzahlung gekauft.  
Globus-Gummisohlen und -absätze  
Platten, ca. 30 x 50 cm für ca. 10 P. an Sohlen ausreißend.  
Mark 12.800 franco Nachnahme.  
Lager u. Geschäftsvertretung der „Globus“-Gummisohlen- u. Absätze.  
F. H. Quastel & Sohn  
Gr. Ottersleben - Hagenberg.  
Fernsprecher 2555.

**Lehrlingsveruche**  
haben den besten Erfolg in der

**Volksstimme**

### Firmis, Lacke, Farben.

preiswert und gut, auch Kleilverkauf

## Fritz Goericke, Lackfabrik, Freiligrathstr. 74

— Telefon Nr. 7204. —  
Fabriklager: Kloster-Drogerie, Goldschmiedebr. 4.

### Hohe Belohnung!

In der Nacht vom 17. zum 18. April zwischen 12 und 6 Uhr ist in meinem Geschäftstotal

## Sohnnisberg 9/10

ein schwerer Einbruch verübt worden. — Entwendet sind neue Gold- und Silbergegenstände sowie in Reparatur verbliebene Uhren, Gold- und Silbergegenstände.

Wer in der Lage ist, mich über irgendwelche gemachten Beobachtungen Mitteilung zu machen, die zur Wiedererlangung der gestohlenen Gegenstände sowie zur Feststellung der Täter führen, büßere ich reichliche Belohnung zu.

Otto Fischer, Uhrmachermeister.

### Grabverpachtung.

Montag den 23. April, vormittags 9 Uhr, in den ehemaligen Richardtschen Festillen Apfelstr. Nr. 9.

Die diesjährige Grabverpachtung der Gräben an den Chauffeen Westerbüßen-Göhlen, Lemsdorf-Gr.-Ottersleben, Salde-Gr.-Ottersleben und Pfeffer-Rahlenberge.

Montag den 24. April an Ort und Stelle Abzug am Schrotegraben. Zusammenkunft: 8 Uhr an der Schrotebrücke vor Diesdorf und anschließend die Abzug an der alten Renne. Beginn 10 1/2 Uhr in den 15. d. d. n. 273.

Der Mag. Strat.

Das Schulgeld an den hiesigen höheren Lehranstalten beträgt zunächst ab 1. April 1923 für einheimische Schüler . . . 20.000 Mk. jährlich  
auswärtige . . . 25.000  
an den hiesigen Bürgerschulen: für einheimische Schüler . . . 12.000 Mk. jährlich  
auswärtige . . . 15.000  
an den hiesigen Volksschulen: für einheimische Schüler . . . 12.000 Mk. jährlich.  
Magdeburg, den 13. April 1923.  
Der Magistrat.

### Offentliche Steuerermäßigung.

Wir erlassen an die Zahlung der bis zum 8. 4. 23 fällig gewordenen Aufschläge zu Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuern. Erfolgt Zahlung nicht bis zum 25. 4., so werden die Rückstände im Vollstreckungsverfahren eingezogen.  
Gr.-Salze, den 18. 4. 23. Ortskonzernkasse.

### Bekanntmachung betr. Kaufmännische Berufsschule.

Die Interkommunale in Schuljahr 1923 haben statt in beiden Oberstufen Dienstag und Donnerstag von 1 1/2 bis 4 1/2 Uhr, in beiden Mittelschulen Mittwoch und Freitag von 1 1/2 bis 4 1/2 Uhr, in der Unterstufe Montag von 1 1/2 bis 4 1/2 Uhr und Donnerstag von 1 1/2 bis 4 1/2 Uhr und Samstag von 1 1/2 bis 4 1/2 Uhr.

Der Vorstand.  
Johannes Spitzing, Vorsitzender.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. April 1923.

Zum Kampf für die weltliche Schule.

Die Elternvertreter nahmen in der gestrigen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die weltliche Schule Stellung zu der künftigen Einausgleichung der Frist für die Eröffnung der Schulen. Mit großer Entrüstung nahmen die Vertreter Kenntnis von dem unverantwortlichen Verhalten weniger amüßlicher Stellen, die schuld haben an der Sabotage, gestützt auf formale Spitzfindigkeiten und schamlose Auslegung der geltenden Bestimmungen, mit denen man dann jede Reform des Schulwesens lähmen bzw. auf Jahre hinauschieben könne.

Es steht aus, als wenn man Zeit schaffen wolle, damit von den Vätern sowie den konfessionellen Vereinen die Gegenarbeit, gestützt auf unser Adressenmaterial, einsetzen konnte. Dem können und müssen unsere Eltern entgegenzutreten. Wir müssen die alte Forderung auf Erziehung der Kirche von der Schule (auch eine Forderung der Lehrer!), wenn wir dafür sorgen, daß keine Abweichungen kommen. Zurückzuführen der bereits gemeldeten Kinder von der weltlichen Schule stattfinden, zweitens durch vernünftige Werbung für unsere Idee. Die Elternvertreter erwarten, daß auch Westerschützen, Lemsdorf und Fernersleben ihr weltliches Schulsystem sofort bekommen. Die Regierung muß dem Wunsche der Eltern entgegenkommen. Dazu beizutragen durch rege Werbung ist Pflicht der Eltern.

Antragsformulare für die weltliche Schule sind zu haben beziehungsweise werden die von Vater und Mutter (und bei Kindern von über 12 Jahren auch von diesem) unterschriebenen Meldungen abgenommen an folgenden Stellen:

Große Münzstraße 3, 2 Treppen, Parteibureau. Subenbürg: Herr Holle, Amendorfsstraße 2, Sof. 1 Treppe; Frau Fahrtenkamp, Lutterstraße 18, 2 Treppen; Herr Karl Schübe, Jordanstraße 35, part.; Herr Rudolf Schulze, Aufschwingerstraße 12, 3 Treppen.

Andau: Herr Wollert, Klosterbergstraße 12, 2 Treppen; Herr Köpcke, Weberstraße 13; Herr Schmidt, Neue Straße 11; Herr Pfister, Dorothienstraße 17, part.; Herr Jörnig, Dödenborfer Straße 53.

Neue Neustadt: Herr Ernst Haberland, Friedrichstr. 4; Herr Karl Heise, Wasserfontänestraße 3; Herr Paul Weber, Nikolaisplatz.

Alte Neustadt: Herr Matthes, Speicherstraße 23, 3 Tr.; Herr Bethge, Gudelstraße 12/13; Herr Krull, Salzweber Straße 3.

Fernersleben: Herr Schneidewind, Alt-Fernersleben 63. Südost: Herr Kühne, Alt-Salzte 94.

Westerschützen: Herr Denzin, Alt-Westerschützen 11. Lemsdorf: Herr Walter Gruson, Nordhäuser Straße 1.

Schafft Raum für die weltliche Schule!

Wacht allerorten, auch in den Sitzungen und Versammlungen für diese Schule!

Arbeitsgemeinschaft für die weltliche Schule.

Die Lawine rollt...

Die Arbeitslosenziffer schwimmt von Woche zu Woche an. Jeden Tag finden weitere Entlassungen von Arbeitern und Angestellten statt. Staat und Kommune wenden dieselbe Sparpolitik an wie das Privatkapital, man glaubt dadurch die fränke Volkswirtschaft zu heilen und verbößert den Zustand. Wenn es so weiter geht, gehen wir einer furchtbaren Arbeitslosigkeit entgegen, deren Folgen uns alle mit in den Abgrund reißen können. Verhängt wurde diese Situation durch die Ruhrbesetzung und den damit verbundenen Rohstoffmangel. Ihre Hauptursache liegt aber in der Absatzstockung unserer Industrieprodukte im In- und Auslande. Die Preise hatten die Weltmarktpreise — nach denen man ja immer jagte — erreicht, zum Teil überschritten. Jetzt beginnt der Konkurrenzkampf. Unsere Valuta ermöglichte unserer Industrie ihre Produkte billig auf den Weltmarkt zu werfen und den ausländischen Industrien Konkurrenz zu bieten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in diesen Ländern war die Folge. Diese gab dann den ausländischen Unternehmern die Gelegenheit, die Löhne herabzubringen und dadurch die Produktionskosten zu verringern. Dazu traten technische Verbesserungen der Produktionsweise. Die Sucht unserer Industrieherrn nach hohem Profit und hohen Preisen gleichen die Differenzen mehr und mehr aus. Der Konkurrenzkampf verschob sich nun zugunsten derjenigen, die bisher unter dem deutschen Dumping gelitten. Einzuatet die durch den Sturz der Mark immer schwieriger werdende Beschaffung von Kapital zur Beschaffung von Rohstoffen. Der Absatz nach dem Ausland stockt. Im Inland sank der Reallohn der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten immer tiefer und tiefer, so daß es diesen nicht mehr möglich war, ihren notwendigen Bedarf zum Lebensunterhalt zu decken und dadurch den innern Markt zu stärken. Ihre Kaufkraft reichte ja nur noch aus zur Fröstlung der nackten Existenz. Die Folge war auch hier Entladung des Absatzes.

In dieser Situation greift man nun zu dem altbewährten kapitalistischen Mittel: Produktionsbeschränkung. Daß dadurch die Krise nicht gemildert, sondern verschärft wird, wird jeder Verständige einsehen. Die auf die Straße gestellten Arbeiter und Angestellten müssen ihren Bedarf noch mehr einschränken, andre Berufswege werden in Mitleidenschaft gezogen und die Schraube dreht sich so lange, bis dann durch das — nach Ansicht der Unternehmer — „eherne Naturgesetz“ Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. So will es die gottgewollte kapitalistische Wirtschaftsordnung und so wird es bleiben, bis die arbeitende Klasse es endlich in ihrer großen Weisheit einseht, daß hier nur Wandel geschaffen werden kann, wenn das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln aufgehoben und die anarchische Produktionsweise durch eine nach den Bedürfnissen der Menschheit geregelte abgelöst wird. Der heutige Widerstand der kapitalistischen Produktionsordnung, dessen Wirkungen der Volkswirtschaftskörper immer wieder und wieder erschüttern, wird demjenigen mit aller Deutlichkeit ins Gedächtnis eingekämmert, die jetzt die Opfer dieses Widerstands sind.

Unsre Aufgabe aber muß es sein, die Leiden und das Elend derjenigen zu lindern, solange wir eben noch mit solchen Zuständen zu rechnen haben. Die Betroffenen haben das Recht, zu verlangen, daß sie von den andern Volksschichten, die nicht davon betroffen werden, über Wasser gehalten werden, sie haben das Recht, Arbeit zu verlangen, um sich und ihre Familie vor dem Verhungern zu schützen.

Was muß und kann nun schleunigst geschehen. Das Gewerkschaftsrecht hatte vor etwa 10 Wochen in einer Eingabe den Magistrat ersucht, Arbeitsmöglichkeiten für die Zeit der vorübergehenden Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung, die ebenfalls von dieser Eingabe Stellung nahm, lehnte einen Antrag ein, der sich dann Mitte Februar in einer Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßte. In dieser wurde erklart, daß städtischerseits die Möglichkeit, in gewissem Maß die Notstandarbeiten zu schaffen, wegen der finanziellen Lage der Stadt nicht gegeben sei, daß aber die Kreisprojekte Mittel und Wege zur Verfügung ständen in Angriff genommen werden könnten, wenn Mittel vom Staate resp. Reich bewilligt würden.

Reichstagsabgeordneter Gen. Silberstein, der ebenfalls auf dieser Sitzung teilnahm, erklärte sich damals bereit,

unter Hinguziehung von Vertretern der Stadt Magdeburg beim zuständigen Ministerium vorstellig zu werden, da dort die Auffassung vorhanden wäre, daß erst die Arbeitslosigkeit größere Dimensionen angenommen haben müsse, ehe überhaupt an eine Inangriffnahme dieser Arbeiten gedacht werden könnte. Sowie nun jetzt bekannt ist, soll im Herbst mit den Arbeiten begonnen werden.

Ist das wahr, dann müßte man fragen, was in der Zwischenzeit geschehen soll. Daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen riesig anschwellen wird, kann doch bald nicht bezweifelt werden. Sollen diese Massen dann unproduktiv bleiben und Erwerbslosenunterstützung beziehen? Ist das die Sparpolitik, die man treiben will? Hier muß sofort eingeschritten werden. Verzögerung wäre ein Verbrechen an der Volkswirtschaft. Die städtischen Behörden und die städtischen Regierungsstellen müßten sofort und mit allem Nachdruck verlangen, daß hier nicht gesäumt wird, sollen nicht wieder Zustände einreißen, wie wir sie 1919/20 erlebt haben. Es wird heute zur Katastrophe führen, da die Not weit größer ist als unter den damaligen Umständen. Aber auch die Arbeiter müssen auf dem Posten sein. Es gilt mit dem größten Widerstand sich den Entlassungen entgegenzustellen. Durch Kurzarbeit muß verhindert werden, Entlassungen zu verhindern. Man will von Unternehmerseite her sozial sein, entläßt die Bedigen und will damit Verständnis bei den Arbeitgeberseite erwecken. Und doch muß auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, die dadurch hervorgerufen wird. Die Bedigen fühlen sich verlassen von ihren verheirateten Arbeitssollegen und in ihrer Not wenden sie sich dann gegen sie, indem sie ihre Arbeitskraft den Unternehmern für einen niedrigeren Lohn anbieten.

Das Unternehmertum steht für sich die Saat reifen. Auf der ganzen Linie rufen sie ihre Getreuen auf zum Lohnabbau. Schon schreiten sie in einzelnen Gegenden zur Aussperrung (siehe Leipzig). Dieser Gefahr kann nur begegnet werden, wenn die Arbeiter hier zusammenstehen und Solidarität üben. Geteiltes Leid ist halbes Leid. Einer für alle und alle für einen! Diese Losung gilt heute mehr denn je. Auch Gewerkschaften und Parteien müssen gemeinsam dem drohenden Gespenst der Arbeitslosigkeit entgegenreten, damit es dem Unternehmertum nicht gelingt, den bisherigen starken Maß der Arbeiterbewegung zu durchbrechen, um ihr längst erstrehtes Ziel, Vereitelung aller durch die Revolution erzwungenen Rechte der arbeitenden Schichten, zu erreichen, um wieder freie Bahn zu bekommen für schrankenlose Ausbeutung.

Verreinigte Sozialdemokratische Partei.

Republikanische Rotwehr, Alt. Endenburg. Heute Mittwoch den 18. April, abends 7 1/2 Uhr. Zusammenkunft Fort 3.

Creidenschaft für Arbeiterwohlfahrt. Vorstandssitzung um 5 Uhr.

Frauen-Verbandsrat um 6 Uhr. Beide Sitzungen finden am Freitag den 20. April im Bezirksbureau, Neue Theaterstraße 2, statt. Die bisherigen Veröffentlichungen hierüber sind ungenügend. Persönliches Erscheinen ist notwendig!

Achtung, Funktionäre! Die Sammelstellen müssen bis spätestens Freitag abend 6 Uhr abgerechnet werden.

Die Preise steigen weiter. Die vielfach geäußerten Wünsche nach einem allgemeinen Preisabbau beginnen langsam zu verfliegen. Man glaubt nicht mehr daran. Die fortwährenden Entlassungen, die die Hausfrauen bei ihren Wochenmarktsbesuchen erfahren, haben alle Hoffnungen auf einen wirklichen Preisabbau erstickt. Es werden nur noch Witze darüber gemacht. Auf dem Fleischmarkt wiesen Schweinefleisch und Wurstpreise wieder einen Aufschlag von 200 Mark pro Pfund auf. Schweinefleisch war für erste Qualität auf 4400 gegen 4200 Mark am letzten Sonnabend gestiegen. Für Rot- und Leberwurst, beste Sorte, mußten heute 4800 gegen 4600 Mark am letzten Markttag pro Pfund angelegt werden. Beim Speck (inländischen) und Schmalz war es ebenso. Der Aufschlag betrug auch hier 200 Mark pro Pfund. Stabil waren die Preise für Butter und Eierpreise. Angezogen haben wieder die Preise für Käse. Es gab Käse für 900 Mark und welcher zu 1100 Mark pro 10 Stück. Der Andrang zu den Käseständen scheint deshalb nachgelassen zu haben. Mit dem Öl scheint es zu Ende zu gehen. Wer noch Appetit nach Nüssen verspürte. Konnte ihn für 150 Mark für 1 Pfund angekaufter Ware stillen. Gute Winteräpfel notierten bis 600 Mark. Kartoffeln konnte man für 32, 33 und 35 Mark pro Pfund erstehen. Sogenannte Saatkartoffeln waren für 45 Mark erhältlich. Die Preise für das übrige Gemüse zeigten keine Veränderungen. Der Verkehr war trotz des unfreundlichen Wetters stärker als sonst.

Sozialdemokratischer Verein. In der Monatsversammlung des Bezirks Friedrichstadt-Berder hielt der Vorsitzende einen interessanten Vortrag über die Butschgeschichten von rechts, der mit Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde die Ratifizierung besprochen. Die geplanten Veranlassungen wurden gutgeheißen. Zu unserer Bannerweihe gibt Genosse Schwarz einen kurzen Bericht. Es wird mit Genehmigung festgestellt, daß es durch die Opferbereitschaft der Genossen und Genossinnen gelungen ist, dieses Banner zu schaffen. Die Feier der Entfaltung findet am 27. April, abends 7 1/2 Uhr, im Grafemanns Garten statt. Die Vorträge für den Vorabend werden gutgeheißen. Im Bezirk wird der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die Sozialträger wird auch geregelt. Die Verlesungen finden in der „Friedrichshäuser Bierhalle“ statt. Nach Entledigung einiger Vereinskassen wurde die interessante Verlesung geschlossen.

Eltern, meldet eure Kinder zur weltlichen Schule!

Die Gegner sind am Werke, die weltliche Schule zu zerschlagen. Ein Beweis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Funktionäre, Betriebsvertrauensmänner, Frauen und Anhänger der weltlichen Schule, macht den Plan der Gegner zunichte. Wacht euch und eure Kinder frei aus der alten Knechtschaft!

In dieser Woche heißt es nur werben für die weltliche Schule!

Post- und Telegrammverkehr mit Mainz. Die Franzosen haben jeden unmittelbaren Post- und Telegrammverkehr mit Mainz unterbunden und die Einrichtung von Postbetrieben bei Nachbarn zu verhindern. Die Einrichtung von Postbetrieben bei Nachbarn ist verboten. Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Telegramme für Mainz — andere Sendungen sind nicht zugelassen — werden daher auf das Postamt I in Darmstadt geleitet und dort zur Abholung durch die Empfänger bereitgehalten. Nicht abgeholte Telegramme werden unbestellbar gemeldet. Die in 10 Tagen nicht abgeholten Briefsendungen werden an die Absender zurückgeschickt. Gebühren werden nicht erstattet. Von dieser Einrichtung können nur solche Einwohner von Mainz Gebrauch machen, die die Sendungen in Darmstadt selbst abholen können. Eine gemeinschaftliche Abholung durch eine Person verbietet sich, weil die Franzosen den Verkehr nach Mainz stark überwachern und Fahrgehalte usw. daraufhin durchsuchen, ob Briefe pp. für fremde Firmen usw. mitgebracht werden.

— Züge für Valutafahrer. Vor dem Kriege fuhren im Gebiete der preussischen Eisenbahndirektion „Witzzüge“. Zwischen Berlin und Hamburg verkehrte der schnellste, er durchfuhr die 287 Kilometer lange Strecke in 3 1/4 Stunden, legte also 90 Kilometer in einer Stunde zurück. Am 1. Juni sollen diese Züge in veränderter Form, „F-D-Züge“ (Fern-D-Züge) wieder aufgenommen werden, und zwar zunächst auf den Strecken Berlin — München, Berlin — Köln und Berlin — Hamburg. Die neuen F-D-Züge fahren etwa 75 Kilometer in der Stunde, was einer Ersparenis von ein bis zwei Stunden gegenüber der jetzigen Reisebauer entspricht. Verläufe sind folgende: Fahrpläne in Aussicht genommen: ab Berlin Lehrter Bf. 5.57 nachm., an Hamburg 9.47 abends; ab Hamburg 7.06 früh an Berlin 10.50 vorm. (3 1/4 statt 5 Stunden); ab Berlin Anhalter Bf. 11.56 vorm., an München 10.19 abends; ab München 8.05 vorm., an Berlin 6.27 abends (10 statt 12 bis 13 Stunden); ab Berlin Friedrichstraße 2. nachm. (Dortmund 7.49, Essen 8.31 Düsseldorf 9.19) an Köln 10 Uhr abends; ab Köln 10.55 vorm., an Berlin 7.05 abends (8 statt 10 bis 11 Stunden). Die neuen Züge führen nur 1. und 2. Klasse. 3. Klasse haben einen besonderen Gepäckzuschlag zu bezahlen. Es sind also keine Züge für gewöhnliche Sterbliche, nur Valutafahrer durch das Land laufen.

— Die Kreuzhöfe freigegeben. Auf Veranlassung des Magistrats hat der Oberpräsident Höpning als Vorsitzender des Provinzial-Schulkollegiums erwirkt, daß die dem Kloster Unser Lieben Frauen gehörige Kreuzhöfe nunmehr dem Publikum allgemein zugänglich gemacht ist. Die Aufrechterhaltung einiger Einschränkungen hat sich jedoch als notwendig erwiesen. Freigegeben sind ferner durch die Kreuzhöfe führenden Wege mit Ausnahme a) des Fußwegs längs der Alten Elbe, b) der im Interesse der Forstungen jeweilig etwa besonders abzuverwehrenden Wege. Ferner darf für Sport und Spiel bei in der Nähe der großen Enderwiese gelegene sogenannte Spielplatz benutzt werden; das Betreten der großen Enderwiese selbst ist jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht gestattet worden. Der Spielplatz bleibt dem Kloster Unser Lieben Frauen nur für das Kreuzhoffest und etwaige sonstige Schulfeiern vorbehalten. Die Freigabe der Wege wie des Spielplatzes ist auf Widerruf erfolgt. Da nur die Wege freigegeben worden sind, ist das Betreten des Waldes auch weiterhin untersagt, ebenso muß das Radfahrverbot im Interesse der Jagd aufrechterhalten bleiben. Es ist freudig zu begrüßen, daß der Bürgergesellschaft wieder eine weitere Erholungsstätte in allernächster Nähe Magdeburgs erschlossen ist, es muß aber andererseits auch erwartet werden, daß das Publikum den zum Schutze des Forstes noch ausreichtzuhaltenden Verboten Rechnung trägt.

— Grabverpachtung. Wie aus dem Inserat in heutiger Ausgabe ersichtlich ist, gelangt die diesjährige Grabnutzung an den Chausseebau Westerschützen-Sohl, Lemsdorf-Groß-Dittersleben, Salbe-Groß-Dittersleben und Westerschützenberge am Montag den 23. April d. J. vormittags 9 Uhr, in den ehemaligen Richardischen Beständen zur Verpachtung. Die Wohnungen am Schrotegraben und an der Faulen Henne werden an Ort und Stelle vergeben. Zusammenkunft 8 Uhr an der Schrotebrücke vor Teesdorf.

— Neue Nichtlöhne für Hausangestellte. Am 13. April sind im Arbeitsamt vom Johannisberg für Hausangestellte neue Löhne für Hausangestellte, Reinemachern usw. festgelegt. Vereinbarungen sind im Bureau des Deutschen Verkehrsverbands, Gruppe Hausangestellte, Stephansbrücke 38 I, während der Bureaustunden von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr zu haben. Dasselbe wird jede Auskunft erteilt. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

— Das Schulgeld an den städtischen höheren Lehranstalten beträgt zunächst ab 1. April 1923 für einheimische Schüler 20 000 Mark jährlich, für auswärtige Schüler 25 000 Mark jährlich; an den städtischen Bürgerschulen: für einheimische Schüler 12 000 Mark, für auswärtige Schüler 15 000 Mark; an den städtischen Volksschulen für auswärtige Schüler 12 000 Mark jährlich.

— Wegen Wässerung von Vollmilch ist der Milchhändlerin Anna Jahn, Magdeburg, Neue Straße 13a, mit Wirkung vom 23. April 1923 die Erlaubnis zum Milchhandel entzogen worden.

— Tragische Folgen eines Ladendiebstahls. Wie unsere Lesern bereits bekannt, wurde am Montag früh in den Anlagen der Goethestraße der Schlosser Ernst Schmidt erschossen aufgefunden. In demselben Tage wurde in den Anlagen der deutschreformierten Kirche in der Nordfront der Kaufmann Hermann Friedrichs von hier ebenfalls erschossen aufgefunden. Beide Todesfälle stehen mit einem großen Ladendiebstahl in engster Beziehung. Wie so häufig, hat der Gang zum flotten Leben die nun freiwillig aus dem Leben Geschiedenen auf die schiefen Bahn des Verbrechens geführt und so schmerzliche Weg über Familienangehörige gebracht. Mit den weiteren Aufdeckungen der Ladendiebstahl ist die Kriminalpolizei beschäftigt.

— Ein Laden angezündet. Ein Schuhwarenladen am Breiten Wege wurde in der Nacht zum 16. d. M. von Dieben geplündert. Es wurden gestohlen: Schuhe und Stiefel aller Art, Auschnittsöhnen darunter Chromsöhnen für Kinder, je ein Boy-, Kind- und Kalbsfell ein halbes Schaffel, größere Mengen Schuhbänder und Zwirn im Gesamtwerte von mehreren Millionen Mark.

— In verdächtigem Weich befinden sich ein Bosch-Anlofer, Type M. G. 1930, Nr. 15690 und eine Mignon-Schreibmaschine Nr. 133407. Eigentümer konnten bisher nicht ermittelt werden. Verhaftung nur vormittags von 8 bis 9 Uhr bei der Kriminalpolizei Zimmer 260.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Alle kommen zur Frühlingssfeier am Donnerstag im Frankentheater, Anfang 7 Uhr. Eintritt 200 Mt. — Baden im Wilmersbad Sonnabend 7 bis 8 Uhr. Leitung Oll und Karl Müller. Eintritt 150 Mt. — Wilmersbad 23 und 24. Sonntag 6 Uhr Treffen an der Ecke zur Frühlingssfeier im Frankentheater. — Werbebezirk Süd: Festausflug Donnerstag 12 Uhr im Frankentheater. — Subenbürg: Donnerstag 1/2 Uhr Treffen Festausflug zur Frühlingssfeier. Freitag 5 Uhr Arbeiten auf dem Jungborn. Im 12 Uhr Endstation zur Probe auf dem Jungborn. Sonnabend 4 Uhr Treffen am Buckauer Bahnhof zur Fahrt nach Unseburg.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Donnerstag (1. Anrecht-abend): Rannhäuser. — Freitag (2. Anrecht-abend): Der Evangelist. — Sonnabend (3. Anrecht-abend): Das Nürnbergspiel. — Sonntag (außer Anrecht): La Traviata. — Wilhelm-Theater. Donnerstag bis Sonnabend geschlossene Vorstellung. — Sonntag (offene Vorstellung): Die fünf Franzosen. — Musikverein. Ausstellung von Kleinplastiken, Skulpturen, Steinzeichnungen und Holzmitteln von Wolff Fagan täglich, außer Montags von 11 bis 2 und 3 bis 5 im Kaiser-Friedrich-Museum. Mitglieder haben unentgeltlichen Zutritt. 88 Musikverein. Vortrag „Unsere Prof. Dr. Friedrich Gundolf (Seidenberg) über Gammelschhausens „Simphonie Simphonie“. Montag, 22. April, ab 8 Uhr, Aula St. Marienkirche. Karten a. f. Nächtlich. Heinrichshafen, Abendkasse (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Profitlich ist das Fahrrad nur, wenn es mit PETERS UNION bereift ist. In allen Fahrradhandlungen erhältlich. A261/11

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Diesbezt. Heute Mittwoch abend 8 Uhr Versammlung der S. G. P. D. bei A. Seidel.

Schönebeck. Vereinte sozialdemokratische Partei. Freitag den 20. April abends 8 Uhr im „Stadtpark“ (Heiner Gaal) Generalversammlung. Vorstands- wahlen. Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig.

Groß-Ottersleben. Der Arbeiterwohlfahrtsaus- schuß hat seit seinem letzten Besehen schon legendeiche Hilfenleistungen geleistet. In manche Familie wo Mangel und Elend herrschte, konnte etwas Sonne getragen werden.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Mein-Ottersleben. Die Parteiverammlung am Sonnabend war gut besucht. Landrat Genosse Kelling sprach über politische Tagesfragen. Er schilderte die Ursachen des Ruhr- abenteuers und dessen Bedeutung für das arbeitende Volk.

Diebe machen seit kurzem unsern Ort unheimlich. Einem Landwirt wurden aus der Scheune Säcke gestohlen; die Kartoffeln schüttelte man aus, man nahm nur die Säcke. In der Nacht vom Sonntag zum Montag drangen Diebe in eine Schloßerei. Sie nahmen zwei Jagdwaffen, ein Jagdgewehr und andres mit, im Nachbarhaus Kaninchen und Kofeln.

Langenweddingen. In der Kommissionsitzung der Parteileitung und der Gewerkschaftsvorstände wurde das Programm der Parteiverammlung beschlossen: Morgens 10 Uhr Eintreten sämtlicher Parteigenossen und Gewerkschaften bei Gastwirt Wietler zum Demonstrations- zug; Nachmittag und abends gefellige Veranstaltungen.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Unseburg. Der Lichtbilderbericht des Genossen Schumacher war leider nicht so besucht, wie es im Interesse der Aufklärung über die Ruhrbesetzung nötig war. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden verdienten Beifall der 200 Anwesenden.

Kreis Neuhalbensleben. Kartellverbände. Alle Mitglieder der Sterbekasse des Ortsausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für Neuhalbensleben und Umgegend (Kartellverbände) werden ersucht, am Freitag den 20. April, nachmittags 5 Uhr, zu dem im Gasthof Peters (Neuhalbensleben) abends 8 Uhr zu der bei Herzog (Neuhalbensleben) stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Kreis Serichow 1 und 2. Burg. Polizeibericht. Montag nacht wurde in der Bier- brogerie die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus dem Schaufenster wurde Seife, Parfüm Spiegel und Kämmen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Böjter Wajch.

Ergählung von Theodor Storm.

(7. Fortsetzung.)

Als noch ein paar Jahre die Straus im Schloßgarten blühten, hat ein einjähriger Lehrling aus dem Orte des Schloß- gartens Straus: ein Knabe von fünfzehn und sechzehn Jahren lag auf dem Tode, ein alter Mann ging durch den Hof, er ging etwas hastig und auf seinem Antlitz mit den tiefen, tiefen Augenbrauen zeigte eine gewisse Trauer.

Der alte Mann war Daniel Wajch, der seine Schwestern Solome legte; den kleinen Knaben hatte seine Schwester, das alte Mädchen, geboren. Das ist unser Wajch, der heute hier liegt, das alte Wajch, der heute hier liegt.

und brennt zur Begleitung die Worte der Melodie. Aber was hat denn das? Der Meister hatte, an dem Erfolg verzweifelnd, in den letzten Tagen seinen Unterricht ganz aufgegeben; immer hatte der Schüler nur gestöhnt, und jetzt — jetzt lang er alles, womit ihn Fritz ins Haus gebracht, was dieser ihn gelehrt und was zuletzt der Meister selbst ihm beigegeben hatte.

Da öffnete sich rasch die Tür der untern Wohnstube, und Daniel Wajch war auf dem Fuß herbeigekommen. „Wer? Was ist das, Wajch?“ rief er ungeduldig. „Der Dampf! Der Dampf!“ kam es von der Treppe herunter.

„Ja, Sie sind der Dampf!“ rief Daniel Wajch und schaute in ihre Kammer zurück. „Sonderbarer Mann!“ sprach er zu sich selber und schüttelte über beiden dünnen Loden, „hat aber kein Schweper begraben und jetzt aus seinen alten Dampf!“

Hehegeblieben: „Sagt, wenn Ihr so gut sein wollt, was treibt Fritz Wajch denn jetzt? Wir sind zusammen eingekerkert.“

„Fritz Wajch?“ erwiderte der Goldgräber und sah sich frech am Tisch um. „Calurrier, der hat's wohl ausgeirret!“ „Was sagt Ihr! Was ist's mit Fritz Wajch?“ riefen die Gäste; denn der frische Junge war in aller Gedächtnis.

Der Amerikaner trank erst sein Glas bis auf die Nagelprobe. „Ihr kennt das hier nicht,“ sagte er dann wieder; „im Süden, im Oregon war's; ein neues Goldlager! Ihr kennt das nicht; von Asien, Afrika, Europa rannten sie herbei; der Staat der Karaff, das Schrauben und Loben von Mensch und Vieh — das Hundert Sprachen schrien sie durcheinander, schlimmer als beim Turmbau zu Babel: ein Irlander wurde verrückt; ein Franzos wollte alles übersteigen, bis er am Ende nur noch ein Glas!“ unterbrach sich der Erzähler.

„Der alte Daniel!“ rief ein anderer; „es war doch nicht zum Tode!“ „Zur Leben auch nicht!“ sagte der Amerikaner; „ich habe ihn nicht mehr gesehen, und wenn mein Leinwand nicht zufällig einem neuen Claim im Wege lag, so werden die Ge- und die Kisten ihn schon begraben haben!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Eine zwölfköpfige Verbrecherbande verhaftet. Eine zwölfköpfige Gesellschaft von Einbrechern, Dieben und Betrügern wurde von der Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht.

Den Vater um 15 Millionen bestohlen hat ein 17 Jahre alter, aus Warschau gebürtiger Kaufmann Michael R., der bei seinem Vater in Charlottenburg wohnte.

Eine „Gans“ für 100 000 Mark. Eine außerordentlich hohe Strafe verhängte das Schöffengericht Berlin Mitte gegen eine Frau F. wegen Verleumdung einer Fahrkartenverkäuferin.

Sechs Polizeibeamte bei einem Autounfall verletzt. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in der Nähe des Balkenplatzes in Berlin. Das Ueberfallkommando der Polizei-Abteilung Friedrichshain wurde alarmiert.

Die Millionen unter den Dachsparren. Ein Mechaniker Ernst Grunwald, der bei einer Berliner größeren Firma beschäftigt war, erhielt von ihr den Auftrag, für einige Millionen einzukaufen und mit einem Scheck zu bezahlen.

20 000 Mark Hundsteuer. Die Finanzdeputation des Berliner Magistrats wird sich in der nächsten Sitzung mit einem Antrag zu befassen, der eine Erhöhung der Hundsteuer von 12 000 auf 20 000 Mark vorsieht.

Brennende Kugel. Dienstag abend erkündten in Berlin-Schöneberg zwei heftige Detonationen und meterlange Stiefklammen schlugen in der Ebersstraße unter dem Straßensplaster herab.

Eine Millionärsfamilie. Ein Kaufmann aus Apolda erhielt — so wird berichtet — die Nachricht, daß sein Sohn von seinem verstorbenen Vater in Amerika 500 000 Dollar, also rund 10 Millionen Mark, geerbt habe.

Vater und Sohn von einer Granate zerrissen. Ein größliches Unglück ereignete sich in dem Anwesen des Hofbesizers Weßlinger in dem Marktflecken Kleinaitingen.

Ein Abenteuer im Canal Grande. Wie ein geheimnisvolles Eiferjudisdrama aus der Dogenzeit mutet ein Abenteuer an, das dem ungarischen Grafen Lubkowitz-Karolyi im Canal Grande in Venedig zutraf.

Ein Vulkanausbruch. Neuter meldet aus Newyork: Ein Telegramm aus Guayaquil (Ecuador) berichtet über einen heftigen Ausbruch des Vulkanes Tangaragua.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Voranmeldung, die Zeile 225.00 Mark aufgenommen. Magdeburger Arbeitervereine. Freitag, 20. April, abds. 7 1/2 Uhr.

Briefkasten.

Verband der Schuhmacher Burz. Erhielten heute nur Nr. 424.50; die übrigen Briefe nicht aber Nr. 450.00, so daß wir mit dem Rest aus Nummer 63 nach Nr. 226.00 zu erhalten haben.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 17. April. Auf dem hiesigen hiesigen Schlacht- und Viehmarkt wurden aufgetrieben: 671 Rinder, und zwar 106 Ochsen, 154 Bullen, 411 Färsen und Kühe, 62 Ferkel, 637 Kälber.

Berliner Produkten-Börse. (Täglich Notierungen vom 16. April.)

Table with 4 columns: Produkte, 50 Kilogramm Markt, Produkte, 50 Kilogramm Markt. Lists various commodities like wheat, oil, and sugar with their market prices.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Ort, Höhe, Ort, Höhe. Shows water levels at various locations like Brandenburg, Berlin, and Magdeburg.

Hochwasserprognose.

Nach den vorliegenden Nachrichten sind folgende Wasserstände zu erwarten: Magdeburg + 4.40 Meter am Pegel am 19./20. April.

Wetterprognose.

Donnerstag: Ruhig, zeitweise heiter, trocken, nach kalter Nacht tagsüber wärmer.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Der Bezug kann durch Sendung von Leserkarten der Volkshändler erleichtert werden. Schlußheft des Vereins der deutschen Buchhändler v. St. 2500.

Gelten günstiges Pfingst-Angebot in Herren-Stoffen!

Reinwollene Herren-Stoffe

Ab Donnerstag den 19. April kommen diese Stoffe zum Preise von M. 25 000, 29 000 und 35 000 bis 45 000 zum Verkauf. Komplette Futterzutaten zum Anzug M. 35 000.

Louis Kaufmann Alte Ulrichstraße Nr. 3

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich unserer dreifachen Hochzeit danken wir herzlichst. Friedrich Brüning und Frau Emma geb. Schwiher.

Standesamts-Nachrichten. Magdeburg-Stadt. Todesfälle. 18. April. Kaufmann Heinrich Dehrle, 57 J.

Zahn-Praxis Artur Kaiser. Bismarckstr. 51. Mandelholztentenzelle. 110 Gramm 650 Mark.

Garn- u. Wollentw. u. -Coba in harnnädigen Fällen bezeugt auch nach Dr. P. D. D.

Sterbetafel des Deutschen Bauergewerksbundes. Hermann Hübner, 10. Januar, im Alter v. 40 Jahren. Heinrich Koch, 15. Januar, im Alter v. 66 Jahren.

**Parkrestaurant Klosterberge-Garten**

Großer Naturpark | Konzert- und Ballsäle  
Eigene Konditorei  
Fernsprech-Anschluß Nr. 558

Größtes Unternehmen dieser Art in der Provinz

**Restaurant „Zum Bodensteiner“**

mit Hackepeter-Betrieb — Breitweg 163  
Eigene Schlächterei mit elektrischem Betrieb  
Fernsprech-Anschluß Nr. 2173

Inhaber: **Karl Büchner**

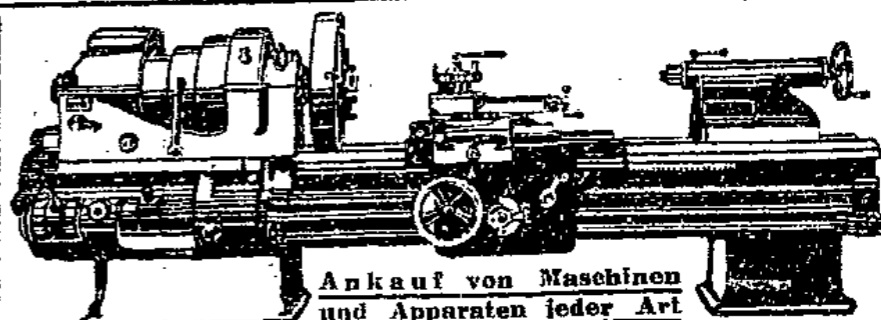
**Fest- u. Ausstellungshallen-Restaurant**

Wilhelm-Kobelt-Straße  
Wein- und Likör-Abteilung — Helle und dunkle Biere  
H. Küche

Größtes Unternehmen dieser Art in der Provinz

**Ankaufs-Zentrale für Gold-, Silber-, Platin- u. Dublebruch**  
**Ewald Jung** Fernsprecher 4820  
Laden: Johannisberg neb. Elbkauhaus

**Adobe-Schokoladen und Zuckerwaren**  
Günstige Bezugsquelle f. Wiederverkäufer  
**Adolph Behrendt**  
Bismarckstrasse 11  
Fernspr. 6870-72



**Werkzeug-Maschinen**  
gebraucht — neu  
Ständige Ausstellung in der Maschinenhalle (Elbbahnhofgelände).

**Fritz König, Magdeburg-Elbbahnhof** Fürstenufer 24  
Tel. 2886 und 7848

**Heinrich Casper, Breitweg 133**

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung  
in Qualität und Paßform unübertroffen

**Schokoladen** Spezialität: Rutilma-Fralinentafel.  
Jede Tafel mit vier verschiedenen Füllungen  
Großer Schlager  
Bezug für Wiederverkäufer durch  
Rutilma-Schokoladen- u. Zuckerwaren-Fabrik  
Rudolf Thiel, Kantor: Haselbachstr. 3

**Landwurst**  
Wollen Sie gute essen, dürfen Sie die Adresse nicht vergessen  
**Willi Heldt, Berliner Str. 14.**  
Täglich frisch:  
Molkerol-Butter — Eier — Soleter

**C. A. Stahl, Magdeburg, Berliner Str. 8**  
Lebensmittel-Großhandlung  
Fleischwarenfabrik — Käsefabrik  
Generalvertreter d. Margarinefabr. Mohr & Co., Hamburg  
Berliner Straße 8 — Fernsprecher 2203 u. 7048



Herren- und Damen-Kleidung

Unser Grundsatz: **Gut und billig!**  
Breitweg 15  
Ecke Bärstraße

Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. Paul & Co.

**D. Schlein • Möbel •** Alte Ulrichstraße Nr. 14/15

Gute und preiswerte  
**Stoffe**  
kaufen Sie bei  
**Tuch-Kärgel**  
Walter-Rathenau-Str. 64.  
Schuhhaus **Wilhelm Berlin**  
Alter Markt 28



**Zöpfe** in allen Farben voll und griffig  
Alle modernen Haararbeiten in großer Auswahl  
**Albert Schwieger** Spezialgeschäft für Haare —  
Jakobstrasse 48  
Gegründet 1878 Nähe Alter Markt

**Tuchhaus E. Hünersen**

Verkauf von noch sehr preiswerten Stoffen  
Keine Valutapreise  
Keine Valutapreise  
Ankauf von Reparaturen  
Wollen von Anhängern  
und Aushilfsarbeiten!

Regierungstr. 14  
am Rärplatz

**Sämereien** bester Erfurter und Quedlinburger Züchter **H. O. Lübeck** Samenhandlung, Haselbachstr. 3.

Ohne Gewähr **F-Seite** Musterschutz  
**Geschäftliche Rundschau**  
mit Dauerfahrplan

Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg:

Braunschweig-Hannover (V): 1210 (D), 1220 (D), 540, 924, 1230 (D), 125, 312 (D), 354, 612 (D), 714 Braunschweig-Hameln (V): 1220 (D), 312 (D). Braunschweig-Seesen (V): 205. Braunschweig (V): 910 (Ez), 120, 1220 (D). Eisleben (V): 440 (W), 1120. Berlin (IV): 420, 540 (D), 650 (D), 700 (D), 820, 1030, 1140 (D), 410 (D), 505, 580 (D), 820 (D), 920. Burg (IV): 520 (W), 215, 420 (W), 620, 1120. Loburg (IV): 740, 100, 910. Zerbst-Leipzig (IV): 520, 720 (Ez), 940, 100, 355, 745. Gommern (IV): 420. Halle-Leipzig (II): 420, 700 (D), 720, 1030, 1100 (D), 120, 420, 610 (D), 720, 920 (D).	Köthen (II): 1205. Groß-Salze-Elmen (II): 540 (W), 605 (W), 1210 (W), 140 (W), 200 (S), 415 (W), 920. Förderstedt (II): 350 (W). Güsten-Erfurt (II): 315, 740, 1240, 435. Güsten (II): 915, 250 (W), 620, 1030. Kreienzen-Frankfurt a. M. (III): 1205 (D). Blumenberg (III): 355 (W), 541 (W), 720, 300, 441, 641. Thale (III): 620, 915, 1215, 330, 710. Halberstadt-Seesen (III): 950, 142 (D), 1120. Wittenberge (I): 520, 840 (D), 610, 1120. Wolmirstedt (I): 510 (W), 600 (W), 115, 433 (W). Oebisfelde (I): 615, 940, 124, 440, 520. Stendal-Uelzen (I): 924, 115, 357, 700 (D). Neuhaldensleben (I): 325 (W), 1210.
---	---

**Otto Moeltzner**  
Tränsberg 5 Magdeburg Telefon 864  
Rohprodukten-, Eisen- und Metall-Großhandlung

**Taubmann & Glasner**  
Ankauf von Altmetallen, Alteisen  
nur en gros  
Grosse Storchstrasse Nr. 5

Alteisen, Altmetalle, Lumpen, Papier, Felle, Flaschen  
**M. Gleitmann, Grünstraße 4**  
Telephon Nr. 5293 Telephon Nr. 5293

**Triumph** nur für Kenner, die Schreibmaschine, welche allen Anforderungen genügt.  
Büro-Haase Magdeburg, „Zum Schwibbogen“  
Fernruf 2071

Zweigniederlassung — Stammhaus — Zweigniederlassung  
Magdeburg Erfurt Hannover  
Fürst-Leopold-Str. 3 Elisabethstraße 5 Lutherstraße Nr. 18a  
Fernsprecher 8235 Fernsprecher 660 Fernspr. Süd 8636

**Heinicke & Köhler** G. m. b. H.  
Papier-Großhandlung

**J. Schächter & A. Wiesner**  
Kleiststraße 11 — Telephon 3863 (Privat 2835)  
Weiß- und Wollwaren, Berufsbekleidung  
en gros en gros

**E. Händler, Gr. Storchstr. 6**  
Ankauf von Altmetallen, Alteisen  
Nur en gros

**J. Händler & Panzer**  
Rohprodukte jeder Art  
Spezialität: Lampen und Papier  
Fernruf Nr. 7487 Altes Fischerufer 42

**Leifurmann**  
Kukirool  
Kukirool  
Kukirool  
Kukirool

Vertrieb der **RADEBERGER HUTFABRIK** G. m. b. H.  
Fernsprecher 2099 **MAGDEBURG** Himmelreichstr. 11  
Größtes Spezialhaus f. Damen- u. Kinderhüte

**Schuhvertrieb Rheingold**  
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten Schuhwaren

**Gold-, Silber-, Platin-, Duble-Bruch und Gegenstände**  
**Gebisse — Brillanten**  
kauft zu höchsten Preisen  
**A. Sänger, Juwelier**  
Wilhelmstraße 17.

**P. L. Behrendt**  
Alteisen — Metalle  
Wilmelmsstadt:  
Ebenfurter Str. 47  
Fernspr. 4924  
Sachsenberg:  
St.-Michael-Str. 27  
Fernspr. 3252

Verkauf von noch sehr preiswerten Stoffen  
**Metalle, Altmetalle Rückstände**  
**Wilhelm Schul & Co.**  
Fürstenstraße 24  
Telephon 2889 Fernsprecher:  
Neustädter 1659, 9279, 9133

**Alte Taschenuhren**  
Gold- und Silber-Bruch  
Platin, Dublee  
kauft höchstzahlend  
**Bartsch**, Stallener Straße 1a,  
im Laden  
(früher Regierungsgasse 20)

Gegenstände aus:  
**Gold, Silber, Platin, Dublee**  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**G. KROPP**  
Silberwarenwerk  
Kraussener Elisenweg 12, 14 Minde von der  
Hauptstadtstrasse. — Telephon Nr. 2882.

**S. Neumann**  
Rogätzter Straße Nr. 21  
neben der Gasanstalt  
Höchstzahlende Ankaufsstelle für  
**Lumpen, Eisen, Metalle**  
usw. usw.

**Ich zahle jeden Preis**  
für neue und gebrauchte Bekleidung, Laken,  
Bücher, Handtücher und Tischwäsche,  
Herren- u. Damen-Garderobe, Federbetten,  
Golfkugeln, Schuhe, Stoffe und Textilien  
**Grüner, Margaretenstraße 7**  
— Fernsprecher 2814 —

**Karl Großpösch** G. m. b. H.  
Telephon 2814  
Technische Kontrollen — Geschnittene, elektrische  
Leit-, Kraft-, Klingel- und Telephonanlagen,  
Wasser- und Wasserversorgungs- elektrische  
Anlagen

**Reeller Ankauf**  
von **Gold-, Silber-, Platin-, Dublee-Bruch**  
**Quecksilber**  
**F. Strzelczyk, Goldschmied**  
Schwarzstr. 3 und Apfelstr. 13

**Adolf Mannes**  
Magdeburg-Wilmelmsstadt  
Goethestraße 12 — Fernruf 4016 und 6490  
Alteisen, Nutzeisen, Metalle, Maschinen  
**Abzeichen** Stempel, Schilder  
Schwarz & Rusch  
Lötterstr. 9 — Tel. 6105  
**Hermann Förster**  
Schützstr. 2 — Telephon 1700 und 800  
**Sack- und Planenfabrik**  
Stiche- und Planen kauf- und fertigen

**Bosch-Hörner**  
liefern wir  
sofort ab unserem Lager  
Magdeburg  
**Gummikappert**

Steinkohlenfeuertöpfe für Heizzwecke und Dieselmotorenbetrieb, Karbolnenn, Teerprodukte jede Art liefert vorteilhaft ab Werk  
**Ring-Kompanie G.m.b.H.**  
Magdeburg, Breitweg 184  
Fernruf 1411 u. 6480 Fernruf 1411 u. 6480  
Drahtanschnitt: Ringkompanie

**Julius Wolf**  
Kantstrasse 4  
Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe  
**Otto Pfannschmidt** v. H. Hans Kandel  
Lötterstraße 13. — Fernruf 489.  
Fabrik: Kitzschbach, Gumbach, Kitzschbach

**Paul Scheller**  
Fürstenauer Nr. 6  
Telephon 2889 Telephon 2889  
**Elektromotoren.**

Fabrik u. chemische Reinigungs-Anstalt  
Annehmlichkeiten in allen Beziehungen  
**Albert Karutz**  
Anfangung u. Zerstörung Kessel, Fernr. 729 u. 7282